



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Michael Busch, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz, Christian Flisek, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen** und Fraktion (SPD)

### **Keine Zeit verlieren: Schnelle und umfassende Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine machen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Nach aktuellen Prognosen rechnet das Bundesministerium des Innern und für Heimat mit bis zu 225 000 Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland, Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann erwartet 50 000 Geflüchtete in Bayern. Die meisten sind Frauen und Kinder, die Schutz und Beistand, Unterkunft, Verpflegung sowie medizinische Versorgung benötigen. Die Bereitschaft zur Hilfe ist enorm: Privatleute bieten freie Zimmer an und helfen mit Sachspenden, Kommunen organisieren Hilfsprogramme und Kirchengemeinden gründen Unterstützerkreise. Dies ist Ausdruck von Humanität, Weltoffenheit und Nächstenliebe im Freistaat. Mit geklärtem Aufenthaltsstatus haben Kinder und Jugendliche ein Recht auf Schulbesuch. Gefordert sind somit auch die bayerischen Schulen, die bereits in der Coronapandemie Außerordentliches geleistet haben. Hier geht es darum, vorausschauend Möglichkeiten der Beschulung zu schaffen, denn Bildung ermöglicht Teilhabe und Unterricht gibt den nach den traumatisierenden Kriegs- und Fluchterlebnissen Halt und Struktur.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Schulbesuch von Geflüchteten zeitnah zu ermöglichen und dabei alle Schularten einzubeziehen und sie umfassend zu unterstützen.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahme erforderlich:

1. Einrichtung von Clearingstellen in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie Schulberatungsstellen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 21. Lebensjahr. Sie informieren über die Möglichkeiten des Unterrichts und verteilen Schülerinnen und Schüler auf die Schulen.
2. Beteiligung aller Schularten an der Beschulung von jungen Geflüchteten, auch der Gymnasien. Besonders zu nutzen ist dabei die Expertise von Schulen, die bereits Deutschklassen eingerichtet haben (bzw. ehemals Willkommens-, Übergangs- und Vorbereitungsklassen).
3. Es sollen unverzüglich Lehrerinnen und Lehrer von den Wartelisten eingestellt werden sowie Pädagoginnen und Pädagogen mit ukrainischen Sprachkenntnissen angeworben und Sprachlernangebote geschaffen werden. Ebenso sollen die Träger der Erwachsenenbildung unbürokratisch in die Lage versetzt werden, Deutschkurse anzubieten, vor allem die strukturell sehr gut organisierten Volkshochschulen.
4. (Mobile) Teams aus Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Heil- und Sozialpädagogen sollen die aufnehmenden Schulen unterstützen.

**Begründung:**

1. Jedes Kind und jeder Jugendliche kommen mit einer eigenen Bildungsbiografie, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu uns. Aufgabe der Clearingstelle ist es, die Potenziale der jungen Menschen zu erkennen und ihre Wünsche festzustellen und ihnen passende Bildungsangebote zu machen. Durch den Zustrom der Geflüchteten ist bald mit einer Nachfrage zu rechnen. Daher muss die Einrichtung von Clearingstellen umgehend erfolgen.
2. Viele Lehrerinnen und Lehrer und auch Schülerinnen und Schüler gingen und gehen sehr hilfsbereit und offen auf junge Geflüchtete zu. Das ist vor allem vor dem Hintergrund der Coronapandemie eine wirklich große Leistung. In der Vergangenheit waren aber gerade Grund- und Mittelschulen, die besonders unter Personal-mangel leiden, bei der Beschulung von Geflüchteten gefordert. Daher ist es besonders wichtig, alle Schularten in die Aufgabe einzubeziehen. Dort, wo es bereits Deutschklassen (bzw. ehemals Willkommens-, Vorbereitungs- und Integrationsklassen) gibt, kann es sinnvoll sein, die bestehenden Strukturen zu nutzen. Der Spracherwerb ist grundlegend für den Bildungserfolg. Dieser gelingt am besten mit muttersprachlichen Lehrern. Wo immer das möglich ist, sollen daher Lehrkräfte mit ukrainischen Sprachkenntnissen beschäftigt werden.
3. An vielen Schulen, vor allem an Grund- und Mittelschulen, fehlen bereits jetzt zahlreiche Pädagoginnen und Pädagogen. Daher ist es dringend nötig, zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Vor allem der Sprachunterricht ist wegen des Fachkräftemangels nicht ohne zusätzliche Kräfte zu leisten. Hier ist es sinnvoll, auch auf ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer aus der ukrainischen Community zuzugehen und sie anzuwerben.
4. Kinder und Jugendliche können das Erlebte nur schwer verstehen und verarbeiten: Vielfach sind die Familien zerrissen, Angehörige getötet und die Wohnung verlassen und/oder zerstört. Nach verheerenden Kriegs- und Fluchterlebnissen finden sie sich in einer völlig neuen Umgebung wieder. Viele sind schwer traumatisiert und brauchen Hilfe von Fachleuten wie Psychologen, Sozial- und Heilpädagogen. Die Aufgabe von sogenannten Traumateams ist daher essenziell.